

## Bremser in der Entschuldungsfrage

Bewegung in der Entschuldungsfrage versprach die kürzliche Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IMF). Doch die führenden Industriestaaten konnten sich wiederum nicht auf eine weitergehende Schuldenreduktion einigen.

Die so genannte HIPC-Initiative (Heavily Indebted Poor Countries), hochverschuldeten armen Ländern die Schulden zu erlassen, wurde 1996 gestartet und 1999 erweitert. 70 Mrd. US-Dollar von 42 Ländern sollten gestrichen werden. Doch haben bislang nur 27 Länder überhaupt eine Entlastung zugesagt bekommen, und nur für 13 Länder ist diese auch umgesetzt worden. Doch wie von entwicklungspolitischen Organisationen vorausgesagt, fiel der Entschuldungseffekt unbefriedigend aus. Bei Uganda und Bolivien zum Beispiel haben allzu optimistische Annahmen über Exportpreise dazu geführt, dass die Verschuldung wieder massiv angestiegen ist.

Im Vorfeld des Jahrestreffens von Weltbank und IMF von Anfang Oktober in Washington hatten sich die USA für einen vollständigen Schuldenerlass stark gemacht. Der Vorschlag hatte ein zwiespältiges Motiv und einen deutlichen Haken. Die USA wollen aus politischen Gründen die Entschuldung des Irak erreichen und hofften, sich mit einer Entschuldung anderer Staaten Sympathien für dieses Ziel zu sichern; zugleich schlugen sie vor, den Schuldenerlass an eine Sperrung von weiteren Krediten von Weltbank und IMF zu koppeln, getreu ihrer Linie, den Multilateralismus durch bilaterale Abkommen zu ersetzen.

Bedenkenserwerter ist da der britische Vorschlag, für den sich Finanzminister Gordon Brown einsetzte. Er schlug vor, die Industrieländer sollten Zahlungsverpflichtungen der ärmsten Länder entsprechend ihrem Anteil an den internationalen Finanzinstitutionen übernehmen. Brown machte das gleich vor und sagte zu, jährlich Schulden von 180 Mio. Dollar zu erlassen. Doch die Bremser, vor allem Deutschland und Frankreich, aber auch die Schweiz, erreichten, dass nur administrative Massnahmen beschlossen wurden. So soll bis Ende Jahr ein neuer Bericht zur Schuldensituation vorgelegt werden, und die HIPC-Initiative wird formal von Ende 2004 bis Ende 2006 verlängert. Entwicklungspolitische Organisationen in der Schweiz haben

angesichts dieses enttäuschenden Verhandlungsergebnisses bereits gefordert, dass sich die Schweiz zumindest dem britischen Minimalprogramm anschliesst.

(sh)